

Kein Geld für uns:

Wo bleiben die Milliarden?!

Fast alle Schwimmbäder in Dortmund sind marode und haben Sanierungsbedarf. Das ist seit vielen Jahren bekannt. Fehlendes Personal hat dazu geführt, dass alle nicht vereinsgeführten Hallenbäder vorübergehend geschlossen wurden. Sascha Mader, der Vorsitzende der CDU Dortmund, stellte unlängst die Sanierung der Bäder wegen fehlender finanzieller Mittel in Frage.

Auch auf den anderen Gebieten der sozialen Infrastruktur sieht es nicht besser aus. Man muss nur an den teilweise katastrophalen Zustand unserer Schulgebäude denken. Grund für diese Misere ist die chronische Unterfinanzierung der Kommunen. Ihnen werden seit Jahren zusätzliche Aufgaben ohne Gegenfinanzierung übertragen.

Aber gibt es nicht das 500 Milliarden „Sondervermögen“ für Infrastruktur und Klimaschutz, das nach der letzten Bundestagswahl beschlossen wurde? Davon soll Dortmund im Jahr 2026 mickrige ca. 20 Millionen € erhalten.

Um eine Zahlungsunfähigkeit der hochverschuldenden Stadt zu vermeiden, wird die Stadt diese Gelder anstatt für er-

Von Bernhard Münster

forderliche Sanierungsmaßnahmen für den notdürftigen Erhalt des veraltenden Bestandes verwenden müssen.

Gepriesen wurde das „Sondervermögen“ als Motor für eine grundlegende Modernisierung der Versorgung der Bevölkerung u.a. im Krankenhauswesen und bei der Bildung. Bereits damals äußerte die DKP den Verdacht, dass es sich um potemkinsche Dörfer handelt und das Manöver allein dazu dient, von der zeitgleich eingeführten Ermächtigung zur unbegrenzten Kreditaufnahme für Hochrüstung und Kriegsvorbereitung abzulenken.

Das hat sich inzwischen bestätigt: Der Kriegshaushalt beläuft sich im Jahr 2026 auf den Rekordwert von 108 Mrd. Euro (davon 25,5 Mrd. € Sondervermögen). Eine Steigerung von 50 % (!) innerhalb von 2 Jahren. Demgegenüber hat sich bei dem „zivilen“ Sondervermögen bis heute praktisch nichts getan. Von den 500 Mrd. € wurden 300 Mrd. dem Bund und nur 100 Mrd. den Ländern und Kommunen zugeteilt.

Führende deutsche Wirtschaftsinstitute

(IW Köln und Ifo-Institut) mussten einräumen, dass der Bund 95 Prozent der im Jahr 2025 über das „Sondervermögen“ aufgenommenen Kredite anstatt für zusätzliche Investitionen zum Stopfen von Haushaltslöchern verwandt hat. Von einer Verbesserung der Infrastruktur kann somit nicht die Rede sein. Das belegt auch die tägliche Praxis.

Weder bei der Krankenhausversorgung noch bei der Bildung ist eine Entspannung festzustellen, sondern genau das Gegenteil. Die Regelung zur Auszahlung des für die Länder und Gemeinden vorgesehen Anteils von 100 Mrd. € wurde fast ein Jahr verzögert. Erst jetzt stehen die Modalitäten fest.

Auf NRW entfallen ca. 21 Mrd. € verteilt auf 12 Jahre. Dass dies nicht einmal ausreicht, um die bestehende Infrastruktur zu sichern, ist allseits bekannt. Die Verschuldung der kommunalen Gesamthaushalte in NRW ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen und lag 2024 bei über 95 Mrd. €.

Für Rüstung und Kriegsvorbereitung fließen hunderte Milliarden. Wir fragen: Wo bleiben die Milliarden für uns?!

Erfolgreicher Ostermarsch in Dortmund



Foto: Uwe Bitzel

Insgesamt mehr als Tausend Menschen beteiligten sich in Dortmund am diesjährigen Ostermarsch. Ein Bericht dazu auf der letzten Seite.



Auf ein Wort ...

Von Krieg und Frieden

Petra Krug, DKP Dortmund,
Stadtteilgruppe West

So, so, um die Friedensbewegung sei es eher still geworden, konstatieren die Ruhrnachrichten am Ostersonntag. Einmal im Jahr gäbe es allerdings ein Lebenszeichen in Form der Ostermärsche.

Ist da der Wunsch der Vater des Gedankens oder gehen die Damen und Herren Lokalredakteure mit Scheuklappen durch ihre Stadt?

Nur so kann ihnen entgangen sein, dass seit nunmehr vier Jahren jeden Mittwoch an der Kampstraße eine Mahnwache des Friedensforums mit großer Beteiligung stattfindet.

Nur so kann ihnen entgangen sein, dass es in diesem und im vergangenen Jahr in Dortmund sowie im ganzen Land Schulstreiks

und Demonstrationen gegen die Wehrpflicht gegeben hat, an denen sich 50 000 Schülerinnen beteiligt haben mit friedenspolitischen Forderungen, die weit über die Frage der Wehrpflicht hinausgehen.

Nur so können die vielen Veranstaltungen in der Stadt zum Thema Frieden und Abrüstung unbemerkt geblieben sein.

Nein, um das Thema Frieden ist es vor allem sehr still in den Ruhrnachrichten. Stattdessen ganzseitige „Abenteuer“-berichte von Freiwilligen an der Ukrainischen Front oder jüngst das Porträt eines „Top-Managers“ und „Porsche-fahrers“, der so gerne Reserveoffizier werden möchte um Deutschland zu „dienen“.

Stattdessen nahezu täglich die absurde Beschwörung einer „Bedrohung durch Russland und die Aufforderung zur „Kriegsertüchtigung“.

Wir hätten gerne einmal das ganzseitige Porträt eines Menschen, der uns berichtet, warum er Teil der Friedensbewegung geworden ist. Das wäre doch schon mal ein Anfang und würde uns zeigen, dass man nicht Teil der Medienmacht ist, die vom Frieden schweigt und uns den Krieg schmackhaft machen will.

„8-Stunden-Tag abschaffen? Nicht mit uns!“

Unter dem Motto „Mit Macht für die Acht“ versammelten sich am 14. April an der Katharinentreppe gegenüber vom Hauptbahnhof zahlreiche Menschen. Sie waren gekommen, um für den Erhalt des Acht-Stunden-Tages zu demonstrieren. Aufgerufen hatte der Fachbereich E (Postdienste, Speditionen und Logistik) der Gewerkschaft ver.di in NRW.

Von Hanfried Brenner

Führern abgewürgten sozialistischen Revolution.

Nun wollen die Merz, Klingbeil und Konsorten diese hart erkämpfte mehr als hundertjährige Errungenschaft der Arbeiterbewegung beseitigen. In den Gewerkschaften ist die Empörung groß. Besonders unter jenen Kolleginnen und Kollegen, die durch Arbeitshetze und Belastungen schon lange an ihre Grenze gekommen und die darüber hinaus oft zu unbezahlten Überstunden gezwungen sind.

Das zeigte sich auch auf der Kundgebung vom 14. April. So machte Andelina Hacker aus der Edeka-Logistik in ihrer besonders kämpferischen Ansprache, deutlich, wie groß der Druck im Arbeitsalltag bereits heute ist und dass es gilt, den 8-Stundentag mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Die meisten Redebeiträge machten klar, dass die Arbeitszeitbegrenzung ein zentrales Schutzrecht ist, um Gesundheit, Freizeit und gesellschaftliche Teilhabe für die Lohnabhängigen zu gewährleisten.

Unter den Versammelten gab auch Hinweise, angesichts von Massenarbeitslosigkeit einerseits und enormer Produktivkraftentwicklung andererseits, sei ein Kampf für kollektive Arbeitszeitverkürzung notwendig. Habe man doch schon vor 30 Jahren für die 35-Stundenwoche gestreikt. Und noch vor 10 Jahren habe es in den Gewerkschaften Diskussionen um die Forderung nach einer 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich gegeben.

Solange die Gewerkschaftsführungen sich allerdings dagegen sperren, gegen Rüstungswahnsinn und Kriegspolitik Widerstand zu organisieren, sieht es damit nicht gut aus. Ihre Kooperation mit Kapital und Regierung lähmt unsere Gewerkschaften. Die Devise müsste heißen: Klassenkampf statt Standortlogik und Sozialpartnerschaft. Ansonsten wird es nicht möglich sein, den Sozialabbau und die Angriffe auf Arbeiterrechte nachhaltig zu stoppen. Nur auf der Position des revolutionären Klassenkampfes können wir als Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wieder in die Offensive kommen.



„8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf“: Aktion von ver.di am 14. April an der Katharinentreppe.

Das Bündnis BlockaDO ruft zu monatlichen Aktionen auf Schluss mit den Nazitreffen in Dortmund-Dorstfeld!

Von Daniela Strauss

Jeden letzten Freitag im Monat finden in der Thusneldastraße in Dortmund-Dorstfeld „Offene Abende“ der Neonazis der Partei Die Heimat“ statt. Damit sollen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene erreicht werden, um den Nachwuchs zu sichern.

Das jahrelange antifaschistische Engagement verschiedener Organisationen und die Wegzüge vieler Neonazi-Kader, die in Dortmund keine Zukunft mehr für ihre menschenverachtende Gesinnung gesehen haben, haben die Partei unter Druck gesetzt.

Aus diesem Grund hat das Bündnis ‚BlockaDO – gemeinsam gegen Nazis‘ die Initiative ergriffen und Gruppen und Organisationen aus der Dortmunder Stadtgesellschaft dazu aufgerufen, sich zusammenzuschließen und dem Treiben der Neonazis in Dorstfeld nicht länger tatenlos zuzusehen.

In einer gemeinsam verfassten Erklärung heißt es: „Wir, die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen, rufen dazu auf, sich an jedem letzten Freitag des Monats in Dorstfeld für Gegenaktionen zu versammeln. Wir zeigen dort gemeinsam klare Kante gegen das Treiben der Neonazis der ‚HEIMAT Dortmund‘. Seid dabei! Jede:r kann mitmachen! Denn Dortmund ist bunt, laut und voller Leben – und das bleibt so!“

Um den Treffen der Nazis ein deutliches Zeichen entgegenzusetzen wurden monatliche Aktionen verabredet, bei denen die Organisationen sich gegenseitig unterstützen wollen. Sie finden jeweils am

letzten Freitag im Monat auf dem Wilhelmplatz in Dorstfeld statt, also in unmittelbarer Nähe der Thusneldastraße.

Den Auftakt machte im Januar BlockaDO mit einem Protest auf dem Wilhelmplatz.

Das ‚Offene Treffen gegen Rechts Dortmund‘ (OTGR) und die Grüne Jugend Dortmund riefen zu einer Kundgebung im Februar auf. Es gab dort Live-Musik, Infostände, künstlerische Beiträge, Waffeln, Tee und Reden.

Im März organisierte die ‚Autonome Antifa 170‘ den Protest als antifaschistischen Stadtteilspaziergang durch Dorstfeld.

Für den 24. April um 18:00 Uhr luden die ‚OMAS GEGEN RECHTS Dortmund-West‘ zu kreativen Kunst- und Mitmach-Aktionen in auf dem Wilhelmplatz ein. „Kunst ist stärker als Kälte, Musik ist lauter als Hass. Tanz ist fröhlicher als Ausgrenzung“, so das Motto der OMAS.

Auch in den kommenden Monaten soll der Protest weitergehen, denn es darf nicht hingenommen werden, dass Nazitreffen unbeachtet und ungestört stattfinden können. Am 29. Mai will der ASTA der TU in die Bresche springen. Und für den 26. Juni bereiten die Naturfreund:innen gemeinsam mit den Quartiersdemokraten ein Fest mit Punkrockkonzert vor.

Die gemeinsame Erklärung sowie eine Liste der beteiligten Organisationen und Gruppen sind auf www.blockado.info veröffentlicht.

KURZ & BÜNDIG

Vorfahrt für militärische Anlagen?

In den Bezirksvertretungen wurde im April die „Novelle des Städtebaurechts 2025“ als Beschlussvorlage diskutiert. Unter 2.6 findet sich der Punkt „Neue Privilegierungstatbestände für militärische Anlagen“. Dabei geht es darum, dass zukünftig über den Kopf und gegen den Willen einer Gemeinde militärische Anlagen aller Art an jedem möglichen Standort gebaut werden können. Also etwa Munitionsfabriken und Munitionslager, Fabriken für Angriffswaffen, Stationierung von Raketenbasen mit Reichweiten weit über Europa hinaus, also Anlagen für die sogenannte „Kriegstüchtigkeit“. Ratsmitglied Ulrike Behrendt vom BSW warnte, dass diese Anlagen, je nach Charakter, eine erhebliche Gefahr für die angrenzende Wohngebiete darstellen. Im Kriegsfall werden diese Gebiete Angriffsziele eines potenziellen Kriegsgegners. Auch der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft sieht die Privilegierung militärischer Vorrangflächen kritisch: „Eine Bevorzugung gefährdet kommunale Planungen und den dringend benötigten Wohnungs- und Gewerbebau. Schon heute werden deshalb Projektentwicklungen zurückgestellt“.

Gegen verschärfte Sanktionen bei Bürgergeld/Grundsicherung

Gegen die verschärfte Sanktionierung von Leistungsberechtigten des nun in Grundsicherung umbenannten Bürgergeldes bis hin zu Vollsanktionierungen führte das Dortmunder Bündnis „Genug ist Genug“ am 30. März eine Protestdemo durch. Wochen später, am 18. April, nutzte das Bündnis dann den Unterbezirks-Parteitag der Dortmunder SPD dafür, die „Genossen“ mit der Schandtät ihrer Parteiführung zu konfrontieren. Fortschrittliche SPD-Mitglieder hatten im Vorfeld der Entscheidung noch versucht, die Parteiführung daran zu hindern, diese Schweinerei mitzutragen: sie initiierten ein Mitgliederbegehren gemäß § 13 Abs. 1 des Parteistatuts. Aber noch bevor die Frist für dieses Mitgliederbegehren abgelaufen war, wurde das Gesetz durch das Parlament gepeitscht. In der Begründung des Mitgliederbegehrens hieß es: „Wir, engagierte Mitglieder der SPD, erheben unsere Stimme gegen die aktuellen und geplanten Verschärfungen und fordern eine klare sozialdemokratische Haltung im Sinne der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenwürde“.



Buckelwal müsste man sein

Von Petra Krug

Während der Stadt Dortmund das Wasser bis zum Hals steht, können andere nur davon träumen: Die Badesaison naht mit Riesenschritten, aber viele DortmunderInnen werden auch in diesem Jahr auf dem Trockenen sitzen. Die Freibäder Hardenberg und Stockheide bleiben bis zum Sankt Nimmerleinstag geschlossen, die Situation bei den Hallenbädern ist weiter angespannt. Sanierungsstau und klamme Kassen verhindern artgerechtes und verkehrssicheres Abtauchen im kühlen Nass an tropischen Tagen für viele BewohnerInnen der Stadt.

Aber mal ehrlich: Warum soll es uns Menschen besser gehen als den Ohrenrobber Diego, Emil, Iva und Nixe im Dortmunder Zoo? Seit nunmehr fünf Jahren freuen sich die glitschigen Säuger Monat für Monat umsonst auf ihren Einzug in eine neue und angemessene Bleibe. Pfüsch am Bau verhindert hier angeblich die Fertigstellung.

Schlussfolgerung: Ob Mensch oder Robbe - Buckelwal müsste man sein! Für den Meeressäuger Timmy läuft es, und zwar schnell: Millionenbeträge kommen in Windeseile zusammen für Spezialtechnik, internationale Experten, Walflüsterer und Equipment. Wir wünschen Timmys Rettung viel Erfolg, und tatsächlich hätte es uns in Dortmund auch nicht weitergebracht, wenn der Buckelwal in der Emscher auf Grund gelaufen wäre.

Ostermarsch Rhein-Ruhr – Letzte Etappe in Dortmund

Die Auftaktkundgebung auf dem Wilhelmsplatz in Dorstfeld stand unter dem Motto: „Antifaschismus und Einsatz für den Frieden gehören zusammen!“ Nach der Begrüßung durch Joachim Schramm von der DFG/VK sprach Hajo Koch von der VVN-BdA. Er betonte, es sei notwendig, das Feindbild Russland aufzulösen und dabei helfe auch der antifaschistische Blickwinkel. Vom Wilhelmsplatz demonstrierten mehrere Hundert Teilnehmer zur Abschlusskundgebung und dem traditionellen Friedensfest auf dem Hansaplatz. Motto: „Kriege beenden – Kriege verhindern!“ Hier versammelten sich ca. 1 200 Menschen. Ein Novum war die Teilnahme zahlreicher Jugendlicher von der SDAJ und vom Dortmunder Schulstreikbündnis. Redebeiträge wechselten mit musikalischen Darbietungen verschiedener Ensembles. Hauptrednerin war die Gewerkschafterin Ulrike Eifler. Sie prangerte in scharfen Worten die unerträgliche Kriegsrethorik von etablierter Politik und Massenmedien an und sie appellierte an die Verantwortung der Gewerkschaften im Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahr. Auch die anderen Redebeiträge erfuhren große Aufmerksamkeit. So ein erschütternder Beitrag von Karin Leukefeld über die Lage der Menschen im Gazastreifen und im Libanon, Sie hatte ihn schriftlich zugeschickt. Der ukrainische Friedensaktivist Andrej Konovalov berichtete über systematische Folterungen an Menschen in der Ukraine, die sich der Einziehung in den Krieg widersetzen. Großen Beifall erhielt der Beitrag eines jungen Sprechers vom Schulstreikkomitee, als er die Friedensbewegung aufrief, die für den 8. Mai geplanten Schulstreiks zu unterstützen. Aus der Schulstreikbewegung - so seine Hoffnung - könnte sich eine starke antimilitaristische Jugendbewegung entwickeln. Mit diesem letzten Redebeitrag endete das Friedensfest noch nicht. Denn einige Musiker brachten die Menschen immer wieder in Stimmung und auch zum Tanzen. Bei sonnigem Frühlingswetter herrschte eine wirklich tolle Stimmung auf diesem Abschluss des Ostermarschs Rhein-Ruhr. (Hanfried Brenner)

Kontakt zur DKP

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied werden

Name
 Straße
 PLZ/Ort
 E-Mail

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an Info@dkp.dortmund.de



**Zeitung der DKP:
 Kommunistische
 Standpunkte,
 marxistische Analysen
 Woche für Woche!**

**6 Wochen Probeabo
 Zeitung und Online-
 Ausgabe > gratis**

**Das 6-Wochen-
 Probe-Abo endet
 automatisch.
 Dabei entstehen für
 Sie keine weiteren
 Verpflichtungen!**

CommPress Verlag
 Carol Schröder
 Hoffnungstraße 18
 45127 Essen
 Tel.: 0201 177889-15
 (14h-18h)
 Fax: 0201 177889-28
 E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Das Zitat

„Alle Regime, die eines Wandels bedürfen, einschließlich der USA, Israels und unseres eigenen, müssen vom Volk gestürzt werden, nicht von einer aufgeblähten, lügenden, betrügerischen, gierigen, ressourcenraubenden, bombenwerfenden imperialen Macht und ihren Verbündeten, die versuchen, die ganze Welt zur Unterwerfung zu zwingen.“

Arundathi Roy, indische Schriftstellerin zum Überfall von Israel und den USA auf den Iran

TERMINE der DKP-Gruppen

- > Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z** eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.
- > Jeden 3. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.
- > Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West** *
- > Jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP Gruppe Nord-Süd** im Z**

* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen West sind zu erfragen unter: > [info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

** Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o
 Deutsche Kommunistische
 Partei

Oesterholzstr. 27,
 44145 Dortmund,
Info@dkp.dortmund.de
www.dkp-dortmund.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
 20.04.2026

V.i.S.d.P.: Dave Varghese

Spendet für die Kommunistische Partei

Auch kleine Beiträge helfen weiter!
 Sparkasse Dortmund
 IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51
 Stichwort **Spende**

